

Sozialdemokratischer Pressedienst

Leitung und Redaktion:
Gris Striegens, Berlin.
Telefon: Carl Schlegel 4293/4294



Abteilung für Druck und Verbreitung:
Zahn 6364, Zahn-Königs-Platz 6
Telefon: 6364

Die Zeitung wird in Gießen
für den Druck und die Verbreitung durch die Druckerei
von Carl Schlegel, Zahn-Königs-Platz 6, Gießen, für den Druck & Vertrieb

Berlin, den 24. Febr. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Nun erst recht!

Die Serie der Redeverbote.

SPD. Aus allen Ecken und Enden des Reichs gehen uns Berichte über den Eifer der Eisernen Front in der Wahlarbeit zu. Trotz dem Terror sind die Anhänger und Freunde der Sozialdemokratie entschlossen und kampfesfreudig. Man kann unsere Zeitungen verbieten, man kann Versammlungen verhindern - aber man kann damit nicht verhindern, dass die Gesinnung der Sozialdemokraten werbend an die Massen herantritt. Eine durch Gebrüll und Terrorversuche gesprengte Versammlung wirkt werbend nicht für die Angreifer, sondern für uns. Sie ist ein drastischer Beweis für die Richtigkeit dessen, was wir der Bevölkerung sagen!

Ueber das Verhältnis von Geist und Gewalt ist kein Wort weiter zu verlieren. Die Besten der Nation, deren Namen in der Geschichte noch lebendig sein wird, wenn die Geschichte über Gestalten von episodenhafter Bedeutung hinweggegangen ist, haben sich zu allen Zeiten auf die Seite des unterdrückten Geistes gegen die Gewalt gestellt. Die Sozialdemokratie hat in ihrer Tradition, die eine Geschichte des Kampfes des Geistes gegen die Gewalt ist, mannigfache Erfahrungen darüber gesammelt.

Wir wissen, dass dieser Wahlkampf nicht frei ist, dass die äusseren Chancen nicht gleich verteilt sind! Wir denken an das Sozialistengesetz aber auch unter dem Sozialistengesetz hat die Partei Wahlkämpfe geführt, hat sie das geistige Ringen nicht aufgegeben!

Die Verhältnisse sind heute äusserlich nicht viel anders. Heute wie damals werden wir als die Staatsfeinde bezeichnet, wird der gesamte Staatsapparat gegen uns aufgeboten, umso stärker, je näher die Wahl heranrückt. Man kämpft gegen uns mit Redeverbotten. Sozialdemokratischen Führern und Reichstagsabgeordneten, die im Brennpunkte der Hetze gegen die Partei stehen, wird das Reden polizeilich untersagt.

Es begann mit einem Redeverbot gegen den Reichstagsabgeordneten Crispien, der seit Jahren von den "Nationalen" beschimpft, gehetzt und angelästert wird. Er durfte zunächst in Potsdam nicht reden, jetzt ist ihm auch die Abhaltung einer Kundgebung in Kassel verboten worden. Das nächste Redeverbot erging gegen Franz Künstler. Die mecklenburgische Regierung verbot seine Versammlungen in Mecklenburg. Mit der gleichen Begründung ging der Polizeipräsident von Potsdam gegen ihn vor. Er untersagte Künstler, in einer Versammlung in Nowawes, in Künstlers eigenem Wahlkreis zu sprechen! Aber dies Verbot wird lauter sprechen, als es Künstler selbst vermocht hätte.

Nach Künstler Hilferding. Gegen ihn, dem die unwahrhaftige Propaganda der NSDAP die Schuld an der Inflation zuschieben möchte, wütet der nationalsozialistische Versammlungsterror mit besonderer Heftigkeit. Es wird ihm praktisch unmöglich gemacht, in seinem Wahlkreis zu sprechen. Ähnlich ist

es Scheidemann in Essen gegangen. Schliesslich hat der Dortmunder Polizeipräsident Schepmann, bisher SA-Führer, ein Redeverbot gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski erlassen.

Wir gestehen zu, dass die gegenwärtigen Machthaber die Leistungen der Militärzensur im Kriege übertroffen haben! Wir haben keinen Anlass, sie darüber zu belehren, welchen Stempel sie mit diesem Vorgehen der Wahl vom 5. März aufdrücken! Sie können eine Stimme verbieten, aber sie können nicht Millionen von Zungen am Reden hindern!

Nun erst recht! Nun wollen wir den Machhabern zeigen, dass eine Partei wie die unsere es versteht, ihre Wahlkämpfe selbst unter den äussersten Erschwernissen zu führen! Jeder unserer Freunde weiss: wir antworten am 5. März mit dem Stimmzettel für Liste 2! Die gegenwärtigen Machthaber sollen ihre helle Freude am Ergebnis ihrer Verbote erleben!

SPD. Immer wieder macht die Nazi-Agitation den Versuch, einen im letzten Krieg in Deutschland tätig gewesenen französischen Spion als Kronzeuge für den Landesverrat der SPD zu benutzen. Gegenwärtig prägt in vielen deutschen Städten ebenfalls wieder ein Schandfetzen, auf dem der infame Schwindel wiederholt wird: Die Sozialdemokratie habe die Umwälzung vom November 1918 mit französischem Gelde gemacht.

Dreimal haben bereits die Gerichte diese Lüge und ihre Verbreiter gestäubt. Das Amtsgericht Mitte in Berlin, 1930 und 1931 und das Schöffengericht Meiningen, am 25.8.1931. Bei dieser letzten Gerichtsverhandlung zahlte der beklagte Redakteur freiwillig eine Busse für die Armen als Sühne für Lüge und Verleumdung. Der gleichfalls beklagte jetzige Nazipräsident des thüringischen Landtags und Studienrat Hille tat dasgleiche und gab ausserdem folgende demütige Ehrenerklärung:

"Es wird mir zur Last gelegt, in einer Versammlung in Gleichamberg am 10. Juni 1930 den Abgeordneten Crispien und Dittmann nachgesagt zu haben, dass sie mit französischen Offiziersspionen in naher Beziehung gestanden haben. Ich muss zugeben, dass ich für die Beleidigung keinerlei Anhalt habe und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück."

Von wem hatten die Beleidiger der Sozialdemokratie und ihrer Führer ihre Weisheit bezogen? Aus dem Buch des als Lügner entlarvten französischen Spions Crozier-Desgrange! Damals schrieb die der Regierung nahestehende Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung" über das Machwerk dieser Lumpen:

"Dieser französische Spion ist alles andere als ein Kronzeuge, auf dessen Aussagen man sich für einen Vorwurf gegen irgendwelchen Deutschen stützen darf... Man kann keinen Schriftsteller daran hindern, die heutige Geschmackskonjunktur auszunutzen, nur brauchen und wollen wir uns nicht gefallen lassen, dass sie ihre Räubergeschichten als tatsächliche Geschehnisse ausgeben und die Leute irreführen."

Trotzdem leuchtet heute wieder der alte Schwindel von den Naziplakaten. Eine bessere Illustration zu dem neuesten Spruch des grossen "Führers": "Wir wollen nicht lügen und schwindeln" gibt es wohl kaum.

SPD. München, 24. Februar (Eig. Dr.)
Das Verbot der "Münchener Neuesten Nachrichten", das der Reichsinnenminister von der bayerischen Regierung gefordert hatte, wurde vom Reichsgericht abgelehnt.

Inzwischen hat der Reichsinnenminister die bayerische Regierung ersucht, u.a. die sozialdemokratische "Münchener Post", das "Bamberger Volksblatt"

(Organ des Bayerischen Volksparteiführers Prälat Leicht), den katholischen "Liebfrauenbote" von Altötting und das Organ der christlichen Gewerkschaften "Der Arbeiter" zu verbieten. "Der Arbeiter" soll gleich auf acht Wochen untersagt werden. Die Entscheidung der bayerischen Regierung über die Ersuchen des Reichsinnenministers steht bisher noch aus.

SPD. Der Reichsinnenminister hat sich in Hamburg sehr offen über die Pläne der Hitlerregierung; nach dem 5. März geäußert und zugleich über das Verhältnis des von der nationalen Konzentration beherrschten Reiches gegenüber den Einzelländern. Nach einem offiziellen Bericht ist der Verfassungsminister der Ansicht:

"Wenn wider Erwarten die Wahlen am 5. März der heutigen Reichsregierung nicht mit mindestens 51 Prozent das Vertrauen ausspricht, dann wird sie trotzdem auf ihrem Platz ausharren und das eingeleitete Rettungswerk unbeirrt bis zum Ziele durchführen. Dann wird der Staatsnotstand gegeben sein, der der Reichsregierung die Vollmacht gibt, am Platze zu bleiben zum Wohle des deutschen Volkes.

Die Reichsregierung hat es für unumgänglich notwendig gehalten, dass endlich mit der sogenannten Hoheitsregierung in Preussen aufgeräumt wird. Auch der Staatsgerichtshof, der sich ja mit diesen Dingen beschäftigen muss, wird sich über die Staatsnotwendigkeiten des deutschen Volkes nicht hinwegsetzen können. Ein Zurück kann es niemals mehr geben.

Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, dass gewisse Länderregierungen den Sinn der neuen Zeit noch nicht recht verstanden haben und der Politik der Reichsregierung Widerstand leisten. Das ist sowohl in süd- als auch in norddeutschen Ländern der Fall. Ich als Reichsinnenminister möchte diese Länder dringend warnen, auf diesem gefährlichen Pfade weiter zu wandern. Für die Reichsregierung gibt es keine Mainlinie. Sie ist vielmehr entschlossen, auch südlich des Mains ihre Autorität durchzusetzen. Was ich hier von süddeutschen Ländern gesagt habe, gilt auch für die Freie und Hansestadt Hamburg. Wenn die jetzigen Machthaber in Hamburg glaubten, die Berechtigung zu haben, noch weiterhin im Amt zu bleiben, so möchte ich ihnen sagen, sie werden nach dem 5. März noch mehr lernen müssen, sich den Richtlinien der Reichsregierung anzupassen.

Auch die Länderregierungen werden inzwischen begriffen haben, dass die jetzige Reichsregierung entschlossen ist, mit allen Mitteln ihr Ziel zu erreichen, und dass es keinen Sinn hat, ihr irgendwelche Schwierigkeiten zu machen."

Das ist offen und deutlich! Aber ebenso offen und deutlich sind auch die Antworten aus Süddeutschland.

SPD. Genf, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes stimmte am Freitag dem Bericht der Neunzehner-Kommission mit der Verurteilung Japans wegen der Vorgänge in der Mandschurei zu. Nur Japan stimmte mit Nein. Siam enthielt sich der Stimme.

Im Namen der Neunzehnerkommission verlas Präsident Hymans zu Beginn der Sitzung eine Erklärung, wonach auch die letzten japanischen Einwände gegen den Kommissionsbericht nicht zu einer Änderung des Berichtes führen konnten. Da er die einstimmige Meinung der Neunzehnerkommission darstelle, werde keines der Delegationsmitglieder dazu sprechen. Der chinesische Delegierte Yen gab seiner grössten Befriedigung und Dankbarkeit über den Bericht Ausdruck, durch den Japans Bruch des Völkerbundspaktes, sein Angriff, die

Zugehörigkeit der Mandschurei zu China festgestellt, sowie die Räumung und der Wiederaufbau der drei Provinzen verlangt würden. Die chinesische Regierung; stimme für den Bericht und nehme ohne jeden Vorbehalt seine Lösungsvorschläge an. Lehne Japan ab, so bleiben Chinas Rechte als Partei nach § 6 Artikel 15 des Völkerbunds Paktes voll gewahrt. In diesem Paragraphen verpflichten sich die Völkerbundmitglieder, gegen die Partei, die sich dem Bericht unterwirft, nicht zum Kriege zu schreiten.

Matsuoka-Japan begann unter eisigem Schweigen der Versammlung mit der Feststellung, seine Regierung könne den Bericht und seine Lösungsvorschläge nicht annehmen. Sie lehne auch eine internationale Kontrolle über die Mandschurei ab. Der Bericht nehme gar keine Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung, noch auf die schwere Arbeit Japans zur Erhaltung des Friedens im Osten. Er fordere die Versammlung auf, den Bericht abzulehnen.

Nach der Abstimmung erinnerte Präsident Hymans die Parteien an die Pflicht, innerhalb drei Monaten nicht zum Kriege schreiten zu dürfen. Die Anwendung von Gewalt könne den Konflikt nie lösen. Alle Staaten würden sich weiter einsetzen für die beschlossene gerechte Lösung. Der Völkerbund werde fortfahren, inmitten des Aufruhrs der Leidenschaften an der Erfüllung der Mission zu arbeiten.

Matsuoka-Japan verlas dann eine Erklärung der japanischen Regierung, wonach Japan in der chinesisch-japanischen Streitsache nicht mehr mit dem Völkerbund zusammenarbeiten könne. Die gesamte japanische Delegation verließ daraufhin geschlossen die Sitzung.

Am Nachmittag richtete der chinesische Vertreter Wellington-Koo einen erschütternden Appell an die Versammlung zum sofortigen Handeln gegen den neuen Angriff Japans auf die chinesische Provinz Jehol. Eine furchtbare Schlacht sei bereits seit Tagen im Gange. Das Verhandlungskomitee für die Durchführung der Lösung des Mandschureikonflikts müsse sich sofort mit den nötigen Massnahmen befassen. In der Versammlung blieb es auf diesen Anruf still. Beschlossen wurde die Einsetzung eines Konsultativ-Komitees für die Durchführung des Mandschureiberichts. Es setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Neunzehner-Komitees zuzüglich Kanada und Holland. Das Komitee wird Russland und Amerika zur Mitarbeit auffordern und im Bedarfsfall Berichte und Vorschläge an den Völkerbund und alle an der Lösung beteiligten Staaten erstatten. Der Präsident kann die Vollversammlung jederzeit für Entscheidungen einberufen.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung des Völkerbundes gegen Japan hat der japanische Untergeneralsekretär Sugimura seinen Rücktritt eingereicht.

SPD. Das Amt des Rundfunkkommissars des Reichspostministers ist mit Wirkung vom 1. März d. J. dem Staatssekretär Dr. Ing. e. h. Kruckow übertragen worden. Zum Nachfolger Kruckows wurde der Präsident des Reichspostzentralamtes Dr. Ing. e. h. Ohnesorge zum Staatssekretär im Reichspostministerium ernannt.

SPD. Rom, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Parlaments-Interpellation über die Blockbildung der kleinen Entente und die englisch-französische Note an Österreich beantwortete am Freitagabend der Unterstaatssekretär des Aussenministeriums im Beisein von Mussolini.

Der Unterstaatssekretär erklärte, vom Vertrag der kleinen Entente seien noch nicht alle militärischen Klauseln bekannt, ohne die ein endgiltiges Urteil nicht möglich sei. Hochpolitisch militärische Bündnisse ständen aber im Gegensatz zum Geist des Völkerbundes. Der Gedanke dränge sich auf, dass

einige Länder besondere Gründe zu solchen Abkommen haben müssten. Die neue militärische Konstellation sei aber weniger bedeutsam, als jene Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, zu der sich die drei Staaten zusammengefunden hätten. Italien sei nicht alarmiert. Aber der Völkerbund habe Grund zur Sorge, denn er könne nicht derartige Verträge zulassen, ohne dass seine Ziele in einer Art kompromittiert würden, die nicht mehr gutzumachen sei.

Ueber die Affäre von Hirtenberg erklärte der Unterstaatssekretär, sie bedeute viel Lärm um nichts. Die Ereignisse von Hirtenberg könnten aber nach den sensationellen Enthüllungen des österreichischen Kriegsministers über die grossen Waffentransporte aus der Tschechoslowakei durch österreichisches Gebiet Anlass zu ernsthaften Betrachtungen geben. Die Art der englisch-französischen Note an Österreich lasse immer noch die Einstellung Europas in zwei Kategorien von Staaten erkennen: jene, denen alles und die anderen, denen nichts erlaubt werde. Das erlaube, dass man sich an ein Land der zweiten Kategorie in einem Ton und in einer Form wenden könne, die für einen freien und modernen Staat durchaus unerträglich sei. Es sei daraus die Lehre zu ziehen, dass die heikle und ernste Situation, die heute noch in Europa bestehe, schnellstens aufhören müsse. Diese Lage zu überwinden sei die erste Bedingung für eine Friedenspolitik, wie sie Italien anstrebe.

SPD. Der Südwestdeutsche Rundfunk hat die Uebertragung der Reden des Zentrumsführers Kaas und des Führers der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, die am Sonntag in der Frankfurter Westhalle sprechen werden, abgelehnt!

SPD. Paris, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Freitag-Vormittag mit der zweiten Lesung der Finanzvorlage begonnen.

Der Berichterstatter trat für die schnelle Verabschiedung der von der Kommission gefassten Beschlüsse ein, die teils den Beschlüssen des Senats Rechnung tragen, teils diese abändern. Er bat die Kammer, in bezug auf die in der ersten Lesung beschlossene Erhöhung der Einkommensteuer um 20 Prozent, die der Senat auf zehn Prozent ermässigt hatte, und hinsichtlich der Kürzung der Militärkredite fest zu bleiben. Dagegen sprach er für die Annahme des von der Regierung gemachten Vermittlungsvorschlags, die Krisensteuer auf die Gehälter der Beamten und Privatpersonen auszudehnen. Der Budgetminister betonte gleichfalls die Notwendigkeit einer schnellen Einigung zwischen Kammer und Senat. Nach kurzer Generaldebatte trat die Kammer in die Beratung der einzelnen Artikel ein und billigte dabei im allgemeinen die Vorschläge der Kommission. Die strittigen Punkte sind noch nicht zur Beratung gekommen; sie werden am Sonnabend diskutiert werden.

Die sozialistische Fraktion hat beschlossen, für die Vorschläge der Kommission hinsichtlich der Krisensteuer zu stimmen. Eine Abordnung der Beamten- und Gewerkschaften hatte gebeten, diesen Text abzulehnen.

SPD. Der Kommissar des Reiches für das preussische Innenministerium hat unter dem 22. Februar über die Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei folgenden Erlass herausgegeben :

"Die zunehmenden Ausschreitungen von linksradikalen, insbesondere kom-

unistischer Seite haben zu einer unerträglichen ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wie des Lebens und Eigentums der staatsbewussten Bevölkerung geführt. Die vorhandenen Polizeikräfte, deren ausreichende Vermehrung zurzeit nicht zugänglich ist, werden seit langem über ihr Leistungsvermögen beansprucht und durch die häufige Notwendigkeit des Einsatzes außerhalb der Dienstorte ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiet oft zur Unzeit entzogen. Auf die freiwillige Unterstützung geeigneter als Hilfspolizeibeamter zu verwendender Helfer kann daher im Notfall nicht mehr verzichtet werden.

Aufgabe der nur unter Führung der ordentlichen Polizei einzusetzenden Hilfspolizei wird insbesondere sein :

1. Die Entlastung der ordentlichen Polizei a) durch Unterstützung bei der Schutz politischer Versammlungen und Aufzüge sowie b) bei der Sicherung von Lokalen und anderen Einrichtungen politischer Organisationen, c) bei Absperungen und Unterstützung der Landjägerestreifen;

2. im Falle von Unruhen oder eines anderen polizeilichen Notstandes a) die allgemeine Unterstützung der ordentlichen Polizei, b) die Uebernahme des Schutzes lebenswichtiger Betriebe sowie wichtiger im öffentlichen Eigentum stehender oder dem öffentlichen Nutzen dienender Gebäude, Einrichtungen und Anlagen."

Dazu bemerkt der Amtliche Preussische Pressedienst: "Ergänzend sei noch bemerkt, dass zu Hilfspolizeibeamten nur ehrenhafte, wohlberechtigte auf nationalem Boden stehende Deutsche verpflichtet werden dürfen. Die Hilfspolizeibeamten führen einen polizeilichen Ausweis und tragen an ihrer eigenen Kleidung, die auch die Uniform von Verbänden sein kann, als Abzeichen eine weiße, amtlich gestempelte Armbinde mit dem Aufdruck: Hilfspolizei. Sie stehen unter Führung von Polizeioffizieren und haben während der Dauer ihres Dienstes die Befugnisse und Pflichten von planmässigen Polizei- und Landjägerbeamten.

Die Bestellung von Hilfspolizeibeamten bedarf - mit Ausnahme von Berlin, wo der Minister des Innern entscheidet - der Bestätigung des Regierungspräsidenten."

Die Methode, ⁺ zweierlei ⁺ Recht ⁺ und zweierlei ⁺ Staatsbürger zu schaffen, setzt Herr Goering konsequent fort. Als vor Monaten in Thüringen ein sozialdemokratischer Bürgermeister einen Reichsbannermann in einem dringenden Falle vorübergehend zum Hilfspolizeidienst verpflichtete, erhob die Nazi-Presse ein Geheul, das erst nach Wochen verstummte. Der Bürgermeister wurde seines Amtes enthoben und unter Anklage gestellt.

SPD. Hannover, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Freitag-Abend wurde die Freitag-Ausgabe des sozialdemokratischen "Volkswillen" mit der Begründung beschlagnahmt, dass durch sie die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werde. Die Polizei hat bisher in Hannover sämtliche sozialdemokratischen Wählerzeitungen beschlagnahmt, ohne der Parteiorganisation gegenüber auch nur den Versuch einer Begründung ihrer Massnahmen zu machen.

Für die am Sonnabend stattfindende Trauerfeier, die die Eiserne Front anlässlich der Beerdigung der beiden von Nazis erschossenen Reichsbannerleute veranstaltet, hat die Polizei zwar einen Trauerzug genehmigt, sie hat jedoch die Auflage gemacht, dass keine Fahnen mitgeführt werden dürfen und die Reichsbannerkameraden ohne Uniform anzutreten haben.

SPD. Braunschweig, 24. Febr. (Eig. Dr.)

Das Landgericht Braunschweig hat der braunschweigischen Nazi-Gauleitung die Behauptung, dass die Minister Braun und Severing zwei Millionen aus Staatsmitteln gestohlen hätten, durch einstweilige Verfügung untersagt. In der gleichen Verfügung wird bestimmt, dass Otto Braun und Karl Severing nicht "rote Landesverräter" genannt werden dürfen.

SPD. Eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die neue Klage Preussens gegen das Reich wird nach einer Mitteilung des Reichsgerichtspräsidenten Bunke nicht vor dem 5. März, also nach den Reichs- und Landtagswahlen, gefällt. Diese Verzögerung wird damit begründet, dass bei dem Umfang und der Schwierigkeit des Streitfalles eine früher Entscheidung nicht möglich sei.

SPD. Chemnitz, 24. Februar (Eig. Dr.)

In Chemnitz überfielen Nationalsozialisten am Theaterplatz einen 21jährigen Junghannemann. Sie verletzten ihn schwer. Ein Polizist, der ihn schützen wollte, wurde beiseite gedrängt. Mit Koppeln und Stahlruten wurde der am Boden liegende Reichsbannermann derart misshandelt, dass er mit einem Schädelbruch in ein Krankenhaus transportiert werden mußte. Die Burschen versetzten ihm nicht weniger als sieben Löcher in den Kopf. Sein Befinden ist sehr ernst.

SPD. Mannheim, 24. Februar (Eig. Dr.)

Die Verfügung des Mannheimer Polizeipräsidenten, dass die Reden in Kundgebungen der SPD unter freiem Himmel 24 Stunden vorher im Manuskript vorzulegen sind, ist am Freitag von dem badischen Innenminister aufgehoben worden. Die Verfügung stand im Widerspruch zur Reichsverfassung.

SPD. Saarbrücken, 24. Februar (Eig. Dr.)

Der Reichsinnenminister hat durch Verfügung vom 22. Februar das sozialdemokratische Organ für das deutsche Saargebiet, die "Saarbrücker Volksstimme" auf die Dauer von drei Monaten für das unbesetzte Deutschland verboten.

Es ist das erste Mal seit der vorübergehenden Abtrennung des deutschen Saargebietes vom Mutterlandes, dass der Minister einer Reichsregierung ein saardeutsches Blatt verbietet, das wie kein zweites im Kampf gegen den französischen Militarismus und Annektionismus seinen Mann gestanden hat. Fünf Redakteure wurden ausgewiesen. Mehr als ein dutzendmal ist die "Volksstimme" von den Besatzungsbehörden verboten worden. Ihr leitender Redakteur musste zwei Monate in den belgischen Besatzungsgefängnissen zubringen. Zahllose Leser der "Volksstimme" haben das gleiche politische und materielle Schicksal der Redakteure erduldet. Während die Saarbrücker Volksstimme in das gesamte europäische Ausland verschickt werden kann, wird ihr von der Regierung der nationalen Konzentration der Eintritt nach Deutschland verwehrt. Nach der Presse-Notverordnung ist dies nur gegenüber ausländischen Zeitungen zulässig. Seit wann ist das Saargebiet Ausland, Herr Frick?

SPD. Der Berliner Korrespondent des Londoner "Daily Express", Sefton Delmer, telefonierte seinem Blatt ein Stimmungsbild über die ersten 21 Tage Hitlerregierung. Delmer, eifriger Anhänger Hitlers, sagt u.a.:

"Da sind wir also in der dritten Woche des ersten Jahres von Hitlers Gnaden. Gibt es einen grossen Unterschied zwischen dem Deutschland von heute und dem vor 21 Tagen?... Der Zeitungsständer an unserer Strassenecke sieht anders aus als vor drei Wochen. Es gibt viel weniger Zeitungen zu kaufen als früher. Der Grund: eine grosse Anzahl ist von Hitler verboten worden.

Ich darf nicht vergessen, Ihnen von dem Telefon zu berichten. Haben Sie nicht dieses "Klick" im Empfänger gehört, gerade als ich mit Ihnen zu sprechen begonnen hatte? Dieses "Klick" ist der Grund, warum in diesen Tagen so wenig Leute in Berlin ihre Gedanken offen durch das Telefon sagen! Die Leute glauben, es wären kleine Vögelchen die sich "einklicken" und alles mitanhören was gesprochen wird.

Der Geist dieses neuen Deutschland? Es ist der Geist von 1914. Aber Sie müssen bedenken, dass sich die Deutschen mit jedem Jahr mehr und mehr dem Jahre 1914 genähert haben, als sich das Andenken von 1918 verwischte. Stellen Sie das Radio an! Sie werden das Schmettern der Marschmusik hören. Gehen Sie ins Kino; Sie werden Kriegsfilme sehen, mit Deutschen die Franzosen töten und englische Kriegsschiffe versenken. Kriegsgespräche sind die Mode."

Ja, es ist eine kömische Aera in Deutschland: Adolf Hitler als Apostel des Allpreussentums.....

SPD. Büsseldorf, 24. Februar (Eig. Dr.)

In Cleve machten Nationalsozialisten eine sozialdemokratische Wählerversammlung unmöglich. Als Referent für diese Versammlung war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Hilferding in Aussicht genommen. Da er verhindert war, erschien der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seeger-Dessau. Seeger teilt über die Vorgänge in Cleve folgendes mit:

"Auf der Fahrt nach Cleve wurde in Krefeld von sechs Nationalsozialisten der ganze Zug nach dem ehemaligen Minister Hilferding durchsucht. Als ich darüber einen Bahnbeamten zur Rede stellte, ob die SA-Leute schon das Recht hätten, derartige Handlungen im Bereich der Reichsbahn vorzunehmen, wurde mit einem Achselzucken geantwortet. In Cleve hatte die NSDAP ein Flugblatt gegen die Hilferding-Versammlung verbreitet, das die wüstesten Beschimpfungen und darüber hinaus den Anreiz zu gewaltsamem Vorgehen gegen die Versammlung und gegen Dr. Hilferding enthielt. Ein gleiches, im Ton womöglich noch ausfallenderes Flugblatt hatte die NSDAP in Cleve gegen eine für Sonnabend geplante Versammlung der KPD verbreitet. Die sozialdemokratische Versammlung konnte nicht stattfinden. Sie wurde schon eine Stunde vor Beginn aufgelöst. Ich habe den verantwortlichen Beamten der Clever Polizei darauf aufmerksam gemacht, dass nach einem Erlass des Reichskommissars Goering die Polizei die Pflicht habe, die ordnungsmässige Durchführung polizeilich genehmigter Versammlungen zu sichern. Dazu erklärte sich der Clever Polizeileiter trotz der grossen Polizeiverstärkung von ausserhalb angesichts des Terrors der SA, ausserstande. Die Clever Polizei hat, solange ich zugegen war, nichts dagegen unternommen, dass sich die SA-Leute polizeiliche Befugnisse anmassen, den Saaleingang absperreten und an der Durchsuchung der Versammlungsteilnehmer nach Waffen mitwirkten."

SPD. Die Berliner Polizei hat das "Karl-Liebknecht-Haus", das Zentralgebäude der KPD besetzt und geschlossen.

Als Grund wird angegeben, dass vom Karl Liebknecht-Haus aus eine Flut verhetzender Flugblätter und Flugschriften ausgegangen sei, die die politische Atmosphäre vergiften und zum Teil hochverräterischen Inhalts seien. Auch die "City-Druckerei", in der die zur Zeit verbotene "Rote Fahne" und der grösste Teil des kommunistischen Propagandamaterials für die Reichstagswahl hergestellt wird, ist geschlossen worden.

SPD. Hannover, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten bezeichnete Goebbels, der Lautsprecher der NSDAP, den Reichspräsidenten Ebert als "den ehemaligen Bordellwirt Ebert".

Der neue nationalsozialistische Polizeipräsident Lutze, im Nebenamt nach wie vor Obergruppenführer der SA, und 150 Polizeibeamte un Uniform waren in der Versammlung anwesend. Der Polizeipräsident hatte die Beteiligung seiner Beamten "gewünscht". Von einem festgesetzten Sammelpunkt aus marschierten sie in den Saal. Dort wurden ihnen Hakenkreuzbinden angelegt.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

aus aller Welt

"National"?

Herr von Levetzow gegen die "Giftpflanzen asiatischer Provenienz".

SPD. Berlins neuer Polizeipräsident, Herr Admiral a.D. von Levetzow, führt sich mit Reden und mit Taten ein. Seine Reden strotzen von kernigen Wahrprüchen und Verheissungen, seine Taten sollen sie illustrieren: Herr von Levetzow "säubert".

Die erste grosse Säuberungsaktion liess Berlins neuer Polizeipräsident in der Ackerstrasse durchführen - nicht, weil dort ziemlich viel Prostituierte behelmatet sind, denen die Polizei ebenfalls energisch auf den verseuchten Leimrücken soll, sondern, weil man in der Wärmehalle in der Ackerstrasse einen Herd jener roten Verschwörung zu erblicken scheint, die das neue System mit Stumpf und Stiel ausrotten will. Denn "auf diesem Boden der geweihten Stätte der Stadt Berlin dulde ich keinerlei Giftpflanzen asiatischer Provenienz" erklärte Herr von Levetzow in einer Ansprache an die Beamten der Berliner Polizei. "Ich dulde es nicht, wenn sie Unruhe unter eine besonnene Bevölkerung bringen. Ich nehme die Gelegenheit wahr, diese politischen Mordbuben, dieses Mordgesindel erneut zu warnen... Ich dulde nicht und ich werde nicht dulden, dass jemand unter Ihnen ist, der jenen roten Mordbuben nicht mit der erforderlichen Energie gegenübertritt... Vergessen wir nicht in tiefer Dankbarkeit, was in all diesen Jahren der Unruhe und Schmach jene Männer in selbstlosester Weise unter Einsatz von Gut und Blut für uns und unser heissgeliebtes Vaterland geleistet haben! Vergessen wir nicht die grossen Verdienste der Nationalsozialisten, ihrer tapferen SS und SA, vergessen wir nicht die wackeren Stahlhelmer und, das bitte ich insbesondere jeden einzelnen von Ihnen, sehen Sie in ihnen Ihre gegebenen Bundesgenossen, Ihre getreuen Helfer zur Beseitigung von Unruhen und Auswüchsen."

Der "amtliche" Krieg gegen Unzucht und Unordnung begann zunächst noch ohne die braunen "Freunde". Ein Heer von Schupos fuhr in die Ackerstrasse, um hier in Deutschlands grösster Wärmehalle, vielleicht einer der erschütterndsten Stellen des Elends und der Not, den Kampf gegen die "asiatische" Gefahr aufzunehmen. Dass Asien, die Heimat des Geistes in der Welt ist; dass sogar das Christentum, auf das Herr von Levetzow sich beruft, von dort stammt, - was braucht ein Nationalsozialist das zu wissen? Auch für Herrn v. Levetzow ist es vor allen Dingen Hort und Herd der Rebellion, die er hasst wie das rote Tuch. Erklärte er doch zur selben Zeit, als seine Untergebenen nicht weniger als 300 Personen in der Ackerstrasse festnahmen, vor der "nationalen" Presse: "Ich werde alles tun, um unserer nationalen Regierung, für die wir unserm Gott im Himmel danken wollen, in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu helfen... Wir wollen dafür sorgen, dass wir Preussen unser Haupt wieder stolz vor der Welt erheben können, dass der Satansgeburtstag des 9. November von der Tafel der deutschen Geschichte gelöscht wird."

Es heisst, dass Herr von Levetzow als Admiral im Kriege nur selten an Bord des ihm unterstellten Flaggschiffs "Moltke" gewesen ist und seine Matrosen ihm verhältnismässig wenig Kummer bereitet haben. Wir wissen nicht, wie er den Satansgeburtstag des 9. November verbracht hat und welche Eindrücke seine Erlebnisse in ihm zurückgelassen haben. Aber dass er trotz den marxistischen Urhebern dieses Geburtstags lange über den 9. November hinaus gedient hat - das ist eine geschichtliche Tatsache.

Kiwitt verhaftet. Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten den in die grosse Autoschieberaffäre Erban & Genossen verwickelten Assessor Dr. Richard Kiwitt und seine Freundin Erna M. Kiwitt, der früher im Büro des in der gleichen Affäre verhafteten Rechtsanwalts Dr. Georg Meyer tätig war, flüchtete, als die Erban-Schieberei aufgedeckt wurde. Am 7. Februar d. J. stellte er sich unter gerichtlich gewährter Zusicherung freien Geleites zu einer richterlichen Vernehmung, bei der es ihm jedoch nicht gelang, die gegen ihn bestehenden Verdachtsgründe zu zerstreuen. Kiwitt verschwand damals wieder in der Berliner Unterwelt, die ihm auch schon vorher Schlupfwinkel, die er ständig wechselte, verschafft hatte. Das dem verdächtigten Assessor zugesicherte freie Geleit war zwei Stunden nach der Moabiter Vernehmung erloschen.

Die Berliner Kriminalpolizei ermittelte das letzte Versteck Kiwitts durch Beobachtung seiner Freundin, der 20jährigen Erna M. Nachdem die Staatsanwaltschaft genügend Verdachtsmomente zusammengetragen hatte, veranlasste sie die Verhaftung des Paares. Sie erfolgte in einer im III. Stockwerk gelegenen Wohnung eines Hauses in der Alexanderstrasse in Berlin C. Es stellte sich heraus, dass die Wohnungsinhaber keine Ahnung hatten, wen sie bei sich beherbergten.

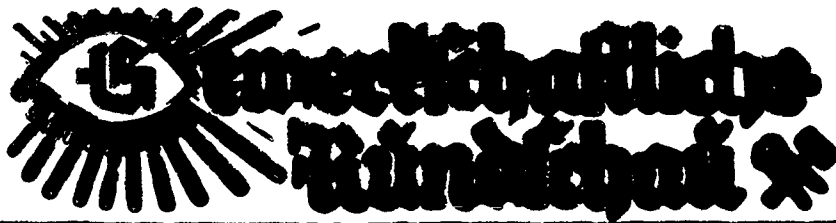
+ + +
Tod der Not. In Berlin-Charlottenburg hat sich ein Architektenehepaar mit Gas vergiftet. Die fortgesetzte Einschränkung der Bautätigkeit hat das Paar allmählich in eine Not geraten lassen, aus der es keinerlei Ausweg mehr wusste.

+ + +
Schneesturm. Ueber der englischen Grafschaft Yorkshire wütete ein Schneesturm. Zahlreiche Ortschaften wurden von der Aussenwelt abgeschnitten. Der Auto- und Omnibusverkehr ruht fast vollkommen.

+ + +
Erpresser. Da sich die Direktion des Magdeburger Stadttheaters trotz des Drängens der "nationalen" Verbände noch nicht zur völligen Absetzung des Georg Kaiser'schen Stückes "Silbersee", das überties durchaus nicht die ihm untergeschobene destruktive, sondern eine menschlich-versöhnende Tendenz hat, entschliessen konnte, fordern der Magdeburger Stahlhelm, die Deutschnationalen, die Nazis, der Königin Luise-Bund usw. zum Boykott des Theaters auf. Sie verlangen weiter, dass die "für die Aufnahme des Stückes verantwortlichen Persönlichkeiten zur strengen Rechenschaft gezogen werden".

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die noch vor wenigen Tagen in ihrem politischen Teil den Darmstädter Philosophen Graf Keyserling die Geistfeindlichkeit des herrschenden Systems schonungslos kritisieren liess, gibt die Magdeburger Erpressernachricht mit stiller Billigung wieder. Das schwerindustrielle Blatt scheint der Meinung zu sein, die kürzlich in ihren Spalten der Schriftsteller Walter Blöhm verkündete: Mehr Lauff und Wildenbruch auf deutsche Bühnen!

+ + +
Drei Todesurteile. Das altmärkische Schwurgericht Stendal verurteilte am Freitag die landwirtschaftlichen Arbeiter Fritz Dehnert aus Beerendorf und Adolf Brüning aus Wolterslage wegen Mordes, ferner die Ehefrau Margarete Müller aus Beerendorf wegen Beihilfe zum Mord zum Tode. Dehnert und Brüning haben am Neujahrsmorgen den Ehemann der angeklagten Müller im Walde überfallen, niedergeschlagen und erdrosselt. Nach der Tat hängte Dehnert den Leichnam an einen Baum, um auf diese Weise einen Selbstmord vorzutäuschen. Die Ehefrau des Ermordeten hat die Tat angestiftet, indem sie Dehnert immer wieder ersucht hatte, ihren Mann aus dem Wege zu schaffen, da sie sonst das Verhältnis mit Dehnert lösen müsse.



Krankenkassenkommissar?

SPD. Das Reichskabinett will, wie die Regierungspressen mitgeteilt hat, einen Reichskommissar für das Krankenkassenwesen ernennen. Dieser Kommissar soll angeblich die Aufgabe haben, mit den "Misständen in der Krankenversicherung" aufzuräumen. Sehr deutlich wurde die "Deutsche Zeitung"; sie schrieb: "Der unerträgliche Zustand, dass bei gesunkenen Einnahmen der Aufwand durch die rote Krankenkassenbonzokratie unverändert hoch geblieben ist, wird radikal beseitigt werden."

Zu diesen wilden Grimassen der Regierungspressen erfahren wir von fachmännischer Seite, dass die Krankenkassen der Einsetzung eines Kommissars, der die Reform der Versicherung durchführen soll, mit lebhaftem Interesse entgegensehen. Sie erwarten von dem Kommissar insbesondere Hinweise darauf, wie es ihnen möglich sein soll, trotz eines Absinkens der Einnahmen um nahezu 50% erhöhte Leistungen zu gewähren. Im Jahre 1929 erzielten die Krankenkassen insgesamt eine Jahreseinnahme von 2,2 Milliarden Mark, während im Jahre 1932 die Einnahme nach sachverständigen Schätzungen (abschliessende Zahlen liegen noch nicht vor) nur noch 1,2 bis 1,3 Milliarden Mark betrug.

Wenn, wie es nach der amtlichen Mitteilung den Anschein hat, bei der Reichsregierung die Ansicht besteht, dass durch Herabminderung der Verwaltungskosten noch grössere Einsparungen bei den Krankenkassen erzielt werden können, so wird demgegenüber darauf verwiesen, dass im Jahre 1931, dem letzten Jahre, für das eine amtliche Statistik vorliegt, die Verwaltungskosten insgesamt 9,5% der Gesamtausgabe erforderten. Prozentual sind die Kosten angesichts des katastrophalen Rückgangs der Einnahmen gestiegen, weil es sich zum Teil um fixe Kosten handelt, die nicht ohne weiteres vermindert werden können. Absolut sind sie selbstverständlich erheblich zurückgegangen. Die Krankenkassenangestellten haben dieselben Gehaltskürzungen über sich ergehen lassen müssen wie die Reichs- und Staatsbeamten, obwohl sie nicht die Sicherungen der Reichs- und Staatsbeamten geniessen. Darüber hinaus ist bei allen Kassen auch noch Herabgruppierungen von Angestellten erfolgt, ebenfalls auf Grund besonderer Vorschriften des Reiches und der Länder. Wenn trotzdem die Verwaltungskosten noch nicht so gesunken sind, wie das die Kassen selber wünschen, so liegt das daran, dass die Aufgaben der Krankenkassen erheblich zugenommen haben. Die amtliche Zeitschrift des Statistischen Reichsamts "Wirtschaft und Statistik" schreibt hierzu:

"Diese verhältnismässig geringe Abnahme ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Beitragseinziehung infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse erheblich schwieriger als früher ist und somit auch weit grösseren Verwaltungsaufwand erfordert."

Die "Krankenkassenbonzokratie" erwartet von dem neuen Reichskommissar für Krankenversicherung, dass er insbesondere auch auf diesem Gebiet für Massnahmen sorgt, die den Krankenkassen ihre Arbeit erleichtern.

Wie die Regierungspressen weiter mitteilt, soll auch eine weitere Verschärfung der Aufsicht über die Krankenkassen beabsichtigt sein. Die Krankenkassen sind Selbstverwaltungskörper, die von Arbeitgebern und Versicherten gemeinsam verwaltet werden. Ihre Bewegungsfreiheit ist jedoch durch die

Notverordnungen der letzten Jahre so eingeschränkt worden, dass praktisch die Selbstverwaltungsorgane nur noch die unangenehme Aufgabe haben, Prellbock für den Unwillen der Versicherten und Arbeitgeber zu sein. Eine weitere Einschränkung der Selbstverwaltung ist theoretisch an sich möglich, sie würde allerdings zur Folge haben, dass die Aufsichtsbehörden mehr als bisher auch die Verantwortung für das Schicksal der Versicherung den Versicherten und Arbeitgebern gegenüber übernehmen müssten. Ob dazu Reich, Länder und Gemeinden bei ihrer nicht gerade rosigen Finanzlage heute imstande sind, darf man der Beurteilung der Regierung überlassen.

Nicht ganz verständlich ist, warum für diese Zwecke überhaupt ein Kommissar eingesetzt werden soll. Die Ministerialbürokratie hat schon heute alle Vollmachten, die einem Kommissar übertragen werden könnten, und sie hat, wie die Notverordnungen der letzten Jahre beweisen, von diesen Vollmachten auch ausgiebigen Gebrauch gemacht.

Die Ankündigung, es werde ein Kommissar eingesetzt, sieht natürlich sehr nach etwas aus. So etwas macht Eindruck. Und warum nicht Eindruck machen - vor allem vor Wahlen?

SPD. Den Bergarbeitern hat man wieder einmal übel mitgespielt. Auch die Regierungen - natürlich in erster Linie die betont "nationalen" Regierungen - wollen keine Arbeitszeitkonvention im Kohlenbergbau. Selbst das Bescheidenste an internationaler Abmachung: die 1931 nach unendlichen Schwierigkeiten beschlossene Konvention über eine Arbeitszeit von täglich 7 3/4 Stunden im Kohlenbergbau untertage stößt bei der heutigen Machtverteilung in den wichtigsten Kohlenproduktionsländern auf sturen Widerstand. Die Genfer Konferenz der Regierungsvertreter vom 20. Februar endete mit einem trostlosen Nichts.

Wieder einmal wurde in Genf mit der wunderbar bequemen Methode operiert: man erklärte sich zur Ratifikation bereit unter der Voraussetzung, dass alle anderen gleichzeitig mitmachen. Man konnte diese schöne Geste riskieren, da man von vornherein wusste, dass einer bestimmt nicht mitmacht, und das war diesmal England. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass die Konvention von der "nationalen" Regierung MacDonald torpediert wurde, nachdem es die zweite Labour-Regierung MacDonald gewesen war, die mit allen Mitteln seinerzeit das Zustandekommen der Konvention durchgesetzt hatte. Der englische Vertreter verschanzte sich hinter völlig hinfälligen technischen Vorwänden, wohl wissend, dass jede Abänderung zu einer Sprengung des ganzen Werkes führen werde. Alle Techniker des Bergbaus waren sich bei der Ausarbeitung der Konvention darüber einig geworden, dass gerade die beiden Bestimmungen der Konvention, mit denen England seinen Widerstand begründete, nach den Notwendigkeiten von Fall zu Fall der Vereinbarung zwischen Zecharbeitern und Arbeitern überlassen werden sollten.

Was der deutsche Regierungsvertreter in Genf erklärte, war - alles in allem - nichts anderes als eine Ablehnung in verbindlicher Form. Aber der deutsche Vertreter hatte Glück, weil England das Odium auf sich nahm, als der Hauptschuldige an dem Scheitern der Verhandlungen in Erscheinung zu treten.

Da keine der vertretenen Regierungen die Konvention wirklich ratifizieren wollte, war es auch nicht verwunderlich, dass die Konferenz die Abordnungen der freien und christlichen Bergarbeiterinternationalen nicht empfing, obwohl diese extra nach Genf gekommen waren, um nochmals der Forderung der Bergarbeiter Ausdruck zu geben.

Die Konferenz der Regierungsvertreter endete mit der Feststellung, dass "die eventuelle Einberufung einer neuen offiziellen Zusammenkunft mit Erfolg erst dann in Aussicht genommen werden könne, wenn das Internationale Arbeitsamt die nötigen Informationen gesammelt habe über die Art, in der die Länder

die von England aufgeworfenen beiden Fragen gelöst hätten." Das bedeutet praktisch den Verzicht auf die Ratifizierung und die Preisgabe jeder internationalen Verständigung über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Das stellt aber auch die Arbeiterorganisationen nun vor die Notwendigkeit, ihrerseits andere Methoden im Kampf um die Arbeitszeitregelung anzuwenden.

SPD. Der Reichstarifvertrag für die Angestellten der privaten Versicherungsunternehmungen wurde durch eine Uebereinkunft der Parteien unverändert um ein weiteres Vierteljahr verlängert. Er läuft jetzt bis Ende Juni.

SPD. Der Arbeitsdienst soll, wie wir von unterrichteter Seite hören, künftig von einem Dreimännerkollegium geführt werden. Die Oberleitung erhält der Reichsarbeitsminister Seldte als Reichskommissar. Ihm zur Seite stehen Herr Mahnken, der vom Stahlhelm kommt, und Herr Hierl, der Fachreferent der NSDAP für den Arbeitsdienst. Herr Mahnken soll die laufenden Arbeiten des FAD erledigen und Herr Hierl die Arbeitsdienstpflicht vorbereiten.

Man hat es hier anscheinend mit einem Kompromiss zu tun. Die Nazis wollen unter allen Umständen ihren Hierl unterbringen. Daher nun gleich drei Kommissare. Zuviel Führerbegabung ist so wenig gut wie zu wenig.

SPD. Das Reichsverkehrsministerium hat die Löhne für das staatliche Wasserbaupersonal gekündigt und verlangt eine weitere Lohnsenkung von - nur 7 Pfennig pro Stunde. Das Ministerium hat, da die Gewerkschaften selbstverständlich jeden weiteren Lohnabbau ablehnen, nun den Schlichter angerufen. Die Verhandlungen sollen Ende Februar stattfinden.-

Durch verbindlichen Schiedsspruch sind die Elendslöhne der Forstarbeiter in Bayern wiederum bis zu 2 Pfennig die Stunde herabgesetzt worden. Ebenso wurden die Stundenlöhne der landwirtschaftlichen Freiarbeiter im Kreis Randow bis zu 2 Pfennig gesenkt. Damit ist dem pommerschen Grossgrundbesitz auf Kosten der Landarbeiter eine neue Subvention zugeschenkt worden.-

Wie haben sich die Nationalsozialisten über den Lohnabbau ereifert, als Hitler noch nicht an der Regierung war! Nun ist er an der Regierung, der Lohnabbau aber geht ruhig weiter. An einen Abbau der Riesengehälter in der Industrie denkt man nicht. Man hat es, wie die "Börsenzeitung", also ein Regierungsorgan, mitteilte, lediglich wie auch schon frühere Regierungen "in Erwägung gezogen", die Riesengehälter der leitenden Angestellten in den vom Reich subventionierten Betrieben herabzusetzen. Bei den Riesengehältern wird noch immer "in Erwägung gezogen", bei den Hungerlöhnen wird noch immer abgezogen.

SPD. Die neue Arbeitsmarktstatistik der Gewerkschaften meldet für Ende Januar die bisher höchste Arbeitslosenziffer mit 46,7 Arbeitslosen unter 100 Gewerkschaftsmitgliedern. Im Baugewerksbund, Zimmerer- und Maler-Verband sind mehr als 9/10 der Mitglieder arbeitslos.

Neben den Verbänden des Bau- oder Baunebengewerbes zählen unter ihren Mitgliedern mehr als die Hälfte als arbeitslos: die Holzarbeiter mit 70,2 v.H.; die Sattler, Tapezierer und Portefeuller mit 65,7 v.H.; die Glasindustriellen mit 53,4 v.H. und die Metallarbeiter mit 50,3 v.H.

Wir haben eine neue Regierung, die Arbeitslosigkeit aber steigt weiter.



Fettmonopol.

Verteuerung der Margarine zu Gunsten der Grossagrarien.

SPD. Die noch vom Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun erlassene Verordnung über den Margarinebeimischungszwang enthält auch eine Ermächtigung, wonach die Regierung der Margarineindustrie einen Verwendungszwang für inländische Oelisaaten auferlegen kann. Der Vater dieses Ermächtigungsgesetzes ist der jetzige Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium von Rohr-Demmin. Von diesem Manne erwarten und verlangen die Interessenten die Einführung eines Oelisaatenmonopols. Dabei ist das Monopol eine völlig gleichgültige Angelegenheit. Hauptsache ist die Verteuerung der Oelisaaten, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen. Dieses Oelisaatenmonopol soll die Margarineindustrie zwingen, deutsche Produkte zu verwenden und diese deutschen Produkte weit teurer zu bezahlen als bisher. Das Monopol müsste also, damit die Industrie nicht ausweichen kann, alle andern Rohstoffe der Margarineindustrie erfassen, vor allem auch Tran. In seiner Folgewirkung bedeutet also das Oelisaatenmonopol ein Margarinerohstoffmonopol, ein Fettmonopol.

Verteuerte Margarinerohstoffpreise bedingen natürlich höhere Margarinepreise. Dem Verbraucher würde das Fett durch ein Monopol weiter verteuert werden. Auch hier erhebt sich die Frage, wem durch eine solche Verteuerung geholfen werden soll und ob durch ein solches Monopol wirklich geholfen werden kann? Die ganzen Fettmonopolprojekte sind als Stützung des Grossgrundbesitzes gedacht. Die Hochhaltung der Getreidepreise soll und muss, wenn sie ihren Zweck erreichen soll, durch andere Massnahmen ergänzt werden. Die Ueberteuerung der Getreidepreise hat nämlich dazu geführt, dass der Getreidebau von Jahr zu Jahr weiter ausgedehnt wird. Charakteristisch ist z.B., dass die Bauern in Oldenburg Weidenflächen umbrechen und Getreide anbauen. Mit den vergrösserten Getreideernten muss aber der Druck auf die Getreidepreise wachsen. Die Landbundgewaltigen sind sich über diese Folgen der Preisstützungsaktionen völlig klar und suchen nach Produkten, die man anstelle von Getreide anbauen kann. Dabei ist man auf die Oelisaaten gestossen, die einzigen Ernährungsstoffe, die noch in grösseren Mengen nach Deutschland eingeführt werden. Durch das Oelisaatenmonopol soll z.B. der Anbau von Raps um 50 000 Hektar gesteigert werden. Bisher wurden in Deutschland etwa 10 000 Hektar mit Oelisaaten bestellt. Eine Steigerung der Rapskultur an sich ist sicherlich möglich. Der Witz der ganzen Angelegenheit liegt auch hier bei den Preisen. Der jetzige Preis für Raps beträgt 14 bis 15 Mark je Doppelzentner. Dafür wollen die Grossgrundbesitzer den Raps nicht abgeben; sie verlangen zu mindestens einen Preis von 30 Mark je Doppelzentner. Das Ausland führt aber Raps für 9 bis 11 Mark nach Deutschland ein. Um einen Preis von 30 Mark zu erzwingen, muss man die Auslandszufuhr natürlich versteuern. Diesen Zweck soll das Oelisaaten- bzw. Fettmonopol haben.

Es ist volkswirtschaftlicher Unsinn, in Deutschland Oelisaaten zu produzieren, die man in den tropischen und halbtropischen Ländern um gut $\frac{2}{3}$ billiger produzieren kann. In Deutschland wird man, verglichen mit diesen Län-

dern, Oelisaaten niemals rentabel anbauen können. Deshalb hat man schon vor Jahrzehnten den Anbau von Raps und Flachs bei uns aufgegeben. In der Kriegszeit, unter Zwang der Blockade, ging man an eine Ausdehnung dieser Kulturen, gab die Sache aber sofort auf, als nach Kriegsende wieder geordnete Warenaustauschverhältnisse eintraten.

Die Verteuerung der Oelisaaten wird aber nicht nur den Margarinepreis steigern. Es ist zu befürchten, dass sich zu der Margarinepreissteigerung auch noch eine Brotpreissteigerung gesellen wird. Der gegenwärtige Reichslandwirtschaftsminister will nämlich die Getreidepreise mit Hilfe von Exporteinscheinen in die Höhe treiben. Das wäre Schleuderelexport nach dem Auslande. Die Differenz zwischen den niedrigeren Auslandspreisen und den höheren deutschen Preisen soll aber durch erhöhte Zölle auf Oele, Oelisaaten usw. bezahlt werden. Eine solche Aktion wird das Angebot an den Getreidemärkten verknappen und die Getreidepreise steigern. Früher oder später muss eine solche Steigerung zu einer Mehl- und Brotpreissteigerung führen.

Wo steckt nun die Hilfe für den Bauer, von der man im Zusammenhang mit einem Fettmonopol immer wieder spricht? Durch eine Verteuerung der Oelisaateneinfuhr wird auch der Oelkuchen, das wichtigste Eiweissfutter der Milchwirtschaft, getroffen. Die Ersetzung des Oelkuchens, eines ausgesprochenen Auslandsproduktes, durch Rapskuchen ist nicht gut möglich. So ist z.B. die Verfütterung von Rapskuchen in der Ausführungsverordnung zum Milchgesetz verboten, weil Rapskuchen der Milch einen üblen Geschmack gibt. Aber es geht ja bei diesen ganzen Projekten nicht um den Bauer und nicht um den Verbraucher, sondern um den Grossgrundbesitz. Und hier ist jedes Mittel recht. Das Fettmonopol ist nur ein Teil der agrarischen Pläne, die die Reichsregierung jetzt verwirklicht. Die Auswirkungen sind so einseitig und für die bäuerliche Wirtschaft und für die Verbraucher so schlimm, dass es notwendig ist, mit aller Macht gegen derartige Projekte zu protestieren. Gelegenheit dazu bietet sich am 5. März. Wählt sozialdemokratisch, Liste 2!

SPD. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine gibt seinen Mitgliederbestand für Ende Dezember 1932 mit 2 746 000 an gegenüber 2 780 000 Ende September 1932 und 2 938 000 Ende Dezember 1931. Die in den letzten 12 Monaten eingetretene Verkleinerung des konsumgenossenschaftlichen Mitgliederkreises dürfte sich durchweg aus der Krisennot erklären. Zu beachten ist, dass die Zahl der Mitglieder Ende 1928, am Ende des letzten Aufschwungsjahres, das den Konsumgenossenschaften geradezu glänzende Erfolge brachte, nur um 70 000 höher lag als am Schluss des Jahres 1932.

Der Umsatz stellte sich für das vierte Vierteljahr 1932 auf 185 Millionen Mark gegenüber 186 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr 1932 und 252 Millionen Mark im vierten Vierteljahr 1931. Für das ganze Jahr 1932 ergibt sich ein Umsatz von 761 Millionen Mark gegenüber 1 023 Millionen Mark im Jahre 1931. Während sich im Jahre 1931 der Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr um 13,5 % verminderte, liegt im Jahre 1932 gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung um 25,6 % vor. Wenn man auch die erfolgte Preissenkung berücksichtigen muss, verbleibt eine gewaltige Abflachung, die sich aus der Einkommensschrumpfung der breiten Bevölkerung, aus Gehalt- und Lohnabbau erklärt.

Die Sparguthaben der Mitgliedschaft betragen Ende 1932 rund 240,125 Millionen Mark gegenüber 255,432 Millionen Mark Ende des zweiten Vierteljahres 1932 und 317,253 Millionen Mark am Ende des Jahres 1931. Die Sparguthaben haben also im vierten Vierteljahr 1932 gegenüber dem Vorvierteljahr um 15,3 Millionen Mark abgenommen, während im vierten Vierteljahr 1931 gegenüber dem Vorvierteljahr eine Abnahme um fast 43 Millionen Mark eintrat.

Die eigenen Betriebsmittel sind durchweg gestärkt worden, was sicherlich die Widerstandsfähigkeit der Konsumgenossenschaft erhöhen wird. Sie betragen insgesamt Ende 1932 = 134,10 Millionen Mark gegenüber 133,17 Millionen Mark Ende des zweiten Vierteljahrs 1932.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Fischhändler hat in seinem Präsidenten Paul Winkler einen Mann, der sich immer von einer "nationalen" Regierung für den Fischhandel sehr viel versprochen hat. Nun hat Paul Winkler das grosse Pech, dass die gegenwärtige nationale Regierung die Fischeinfuhren nach Deutschland mit einem ganz erheblichen Zoll belegte bzw. die bestehenden Zölle ganz empfindlich steigerte. Angesichts solcher Massnahmen versteht auch Paul Winkler keinen Spass. Er hielt einen Vortrag, in dem er ausführte, dass es Mittel und Wege genug gäbe, um der deutschen Fischwirtschaft zu helfen. Man brauche absolut nicht zu Zollerhöhungen zu greifen, durch die die Preise nur verteuert werden. Die Fachverbände, deren Vertreter sich den sehr instruktiven Vortrag Winklers anhörten, nahmen eine Entschliessung an, in der es u.a. wie folgt heisst:

"Als nicht zweckmässig sind die getroffenen Zollfestsetzungen und Zollerhöhungen anzusehen, da hierdurch die eingeführten Waren verteuert werden und die Verbraucherschaft betroffen wird. Es wird auch von den in Frage kommenden Kreisen des Gross- und Einzelhandels in Fischen, Fischwaren, Salzheringen usw. Protest dagegen erhoben, dass sie nicht vor Erlass der Zollverordnung eingehend gehört wurden".

Im übrigen wird in der Entschliessung die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass die Abdämmung der ausländischen Einfuhren den Fischverbrauch in Deutschland drosseln wird, da die Auslandseinfuhr Deutschland besonders mit Qualitätswaren versorgte, die der deutsche Fischhandel nicht liefern kann.

Die deutschen Verbraucher müssen am 5. März gegen die Fischverteuerung protestieren, indem sie Liste 2, Sozialdemokraten, wählen.

SPD. Die von der deutschen Baumwollindustrie geplante organisierte Betriebseinschränkung, die sowohl für die Spinnereien als auch die Webereien gilt, soll vorerst noch nicht durchgeführt werden. Dafür wird u.a. angeführt, dass viele Fabriken zunächst die Neuwahlen abwarten wollen. Allem Anschein nach glauben diese Fabriken die Situation dahin klären zu müssen, inwieweit der deutsche Textilexport in Zukunft noch aufrecht erhalten werden kann.

SPD. Eine recht unangenehme Ueberraschung hat sich auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ergeben. Nach dem Sofortprogramm des Reichskommissars Dr. Gereke plante die Reichsbahngesellschaft Arbeiten im Betrage von insgesamt 150 Millionen Mark. Jetzt stellt sich heraus, dass für die Arbeitsprojekte der Reichsbahn aber nur 60 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden können. Die Projekte der Reichsbahn umfassen u.a. die Elektrifizierung der Strecken Augsburg-Nürnberg und Magdeburg-Halle im Betrag von etwas 42 Millionen Mark. Weiter sollten rund 18 Millionen Mark zur Fortführung stillgelegter Bahnstrecken benutzt werden. Die Reichsbahn steht auf dem Standpunkt, dass sie ihre Aufträge an die Industrie zurückziehen muss. Damit wird die Elektroindustrie z.B. durch den Verlust von Aufträgen im Umfang von 16 Millionen Mark betroffen.

Höhere Mehlpreise.

(Berliner Getreidebörse vom 24. Februar)

SPD. Am Freitag konnten die Notierungen für Weizen- und für Roggenmehl um je 25 Pfennig heraufgesetzt werden. Eine nur geringe Belegung des Mehlgeschäftes genügte, um die höheren Preise durchzusetzen. Die Mühlen waren auch geneigt, mehr Weizen als bisher aufzunehmen. Die ganze Bewegung ging von der Hausse in Exportscheinen aus, hat also rein spekulativen Charakter. Die Promptnotierungen für Weizen und Roggen wurden um je eine Mark erhöht. Am Lieferungsmarkt kam es zu Preissteigerungen bis 2 Mark. Hafer lag ebenfalls fester.

| | 23.2. | 24.2. |
|------------------------------|--------------------------------|---------------|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 197 - 199 | 198 - 200 |
| Roggen | 154 - 156 | 154 - 156 |
| Braugerste | 170 - 178 | 172 - 180 |
| Futter- und Industriergerste | 161 - 169 | 163 - 171 |
| Hafer | 123 - 126 | 125 - 128 |
| Weizenmehl | 23,25 - 26,75 | 23,50 - 27,00 |
| Roggenmehl | 20,50 - 22,50 | 20,75 - 22,75 |
| Weizenkleie | 8,50 - 8,75 | 8,60 - 8,85 |
| Roggenkleie | 8,70 - 9,00 | 8,70 - 9,00 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 214 - 214½ (Vortag 212½), Mai 216 - 216½ (214½), Roggen März 170 - 170½ (168½), Mai 172 - 172 (170). Hafer März 134½ (-), Mai 138½ - 138¾ Geld (137½).

Berliner Viehmarkt.

(24. Februar)

SPD. Die Preisabflachungen haben sich auch am Freitag fortgesetzt und beweisen deutlich, dass die von der Regierung Hitler verordnete Zollerhöhung für Schmalz, Vieh und Fleisch keinen Einfluss auf die Preisbildung der deutschen Viehmärkte hat. Besonders stark war der Rückgang der Schweinepreise. Das Angebot an Schweinen betrug am Freitag etwa 8 500 Tiere und lag damit immerhin unter dem normalen Auftrieb. Trotzdem gingen die Preise, die sich durchweg nach der Nachfrage richteten, in allen Klassen zurück. Auch die Hammelpreise gaben zum Teil nach. Auf dem Kälbermarkt lagen die Preise gegenüber dem Vormarkt fast unverändert. Am Rindermarkt konnten die letzten Notierungen behauptet werden.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund 41 (42-43), b) 240 - 300 Pfd. 40 (41-42), c) 200 - 240 Pfd. 38 - 40 (40-41), d) 160 - 200 Pfund 35 - 37 (36-39), e) 120 - 160 Pfd. 32 - 34 (34-36), Sauen 36 - 38 (38 - 39). Kühe: a) 24 - 26 (23-26), b) 21 - 23 (21-23), c) 17 - 20 (17-20), d) 12 - 16 (12-16). Kälber: b) 39 - 45 (39-45), c) 28 - 38 (28-38), d) 18 - 26 (18-26). Schafe: a) 35 - 36 (36-37), b) 25-27 (26-27), c) 30-32 (32-33), d) 20 - 28 (24-30).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 24. Februar 1933.

Eine Scheune gesucht.^x

SPD. Was ist aus dem Ehemann verflossener Zeiten geworden, der stets vor das Haus gehen musste, um zu rauchen, weil seine Frau keinen Tabakgeruch in der Wohnung duldete? Nun, er ist ein Pantoffelheld wie eh und je. Nur muss er jetzt vor das Haus gehen, um ein bisschen frische Luft zu schöpfen. Seine Frau hat sich eine Bridgegesellschaft eingeladen, und es ist genug Rauch in der Wohnung, um damit alle Schinken Westfalens zu räuchern. Ein gelblich-blauer Dunst, an den Londoner Nebel gemahnend, erfüllt den Raum. Aber erst, nachdem die Gäste sich verabschiedet haben, sieht man richtig, was geschehen ist. Ueberlaufende Aschenschalen, gefüllt mit verkohlten Zündhölzern und rosa-gefärbten Zigarettenresten, stehen überall umher. Aschenhäufchen zieren den Teppich wie Sterne den sommerlichen Nachthimmel. Alles ist von einer Patina feinen grauen Pulvers bedeckt.

Sherlock Holmes konnte in der Blüte seiner Jahre einen Mordfall lediglich unter Zuhilfenahme von einem bisschen Tabakrauch lösen. Aber wenn der grosse Detektiv heute eine amerikanische Durchschnittswohnung betrüge, könnte er lediglich auf ein Massaker en gros schliessen.

Zu den Geheimnissen eines Haushalts gehört die Frage, wohin die Aschenschalen in jenen Augenblicken geraten, da sie am meisten benötigt werden. Werden sie mit den Sonntagszeitungen zugleich weggeworfen? Nehmen die Gäste sie als Erinnerungen mit? Oder versteckt sie das Stubenmädchen, um die Gäste vom Rauchen abzuschrecken? Was auch der Grund sein mag, die Tatsache bleibt, dass, wann immer man sich mit angezündeter Zigarette und seinem Lieblingsmagazin in einen Armstuhl setzt, niemals eine Aschenschale zu erblicken ist. Wenn Sie ein richtiger Raucher des 20. Jahrhunderts sind, wird Sie das ja nur wenig bekümmern. Sie werden ganz einfach die Asche auf den Boden streuen und gemütlich lesen. Sind Sie jedoch ein Raucher alter Schule, dann werden Sie keine Ruhe finden, bis Sie einen Aschenbecher entdeckt haben. Und doch wird die Asche auf den Boden fallen. Nun ist der richtige Augenblick zum Handeln gekommen. Schnell umherspähend, ob Sie auch niemand sehe, nehmen Sie Ihr Lieblingsmagazin und schwingen es kräftig über der Asche hin und her, einmal nach rechts und dann nach links. Hokuspokus Fidibus! Der Fussboden ist wieder sauber. Die Aschenreste sind in alle vier Winde verweht, und nur eine mikroskopische Untersuchung könnte ihren Verbleib enthüllen.

Doch nur wenige Ehemänner müssen heute zu dieser Methode greifen. Seitdem die Frauen selbst begeisterte Raucherinnen geworden sind, hat sich ihre Duldsamkeit gegenüber verstreuter Asche und verbrannten Möbelstücken auf das Hundertfache des früheren Ausmasses vermehrt. Sie wissen, dass, wo Rauch ist, auch Feuer ist - von der Asche ganz zu schweigen. Die moderne Frau hält ihre Zigarette nicht mehr wie einen Feuerwerkskörper und bläst den Rauch nicht mehr hervor, als wäre die Suppe zu heiss: er entströmt nachlässig ihren Lippen, während sie plaudert - ein Teil ihrer Physiognomie, der ebenso dauerhaft ist wie ihre Augenbrauen....

Aber erst die junge Generation hat eine wirkliche Revolution der Rauchsitten vollbracht. Vor fünfzig Jahren war die Gewöhnung an die Reize des Rauchens ein schwieriger und vor allem heimlich geübter Vorgang. Zwei Zigaretten in der Woche stellten für einen jungen Mann eine Ausschweifung dar. Die heu-

tige Jugend verachtet Heimlichkeiten. Zeitig und offen macht sie mit dem Tabak Bekanntschaft und bemüht sich keineswegs, die Corpora delicti ihrer Neigung zu verstecken. Im Gegenteil - sie verstreut sie in der ganzen Wohnung.

Letzten Monat verbrachte Barbara, die Nichte meiner Frau, auf der Fahrt in ihr Pensionat einen Tag bei uns - und unsere Wohnung ist noch immer in den Händen der Zimmermaler und Tapezierer. Barbara brachte eine Mitschülerin und zwei junge Männer mit glänzenden Frisuren mit, deren Hauptaufgabe darin zu bestehen schien, Zigaretten und Feuer zu liefern. Der eine von ihnen konnte einen Zigarettenstummel über die Schultern werfen und ihm mit dem Absatz einen Tritt versetzen. Barbara war noch das wohlherzogenste Mitglied des Quartetts; sie löschte ihre Zigaretten wenigstens aus, indem darauf sie trat. Die Andern liessen ihre Zigaretten bloss auf den Boden fallen und die Dinge ihren Lauf nehmen.

Nachdem die Gäste gegangen waren, öffnete meine Frau die Fenster und holte den Staubsauger. Der Boden war mit Zigarettenstummeln, Asche, zerknülltem Stanniol und Zellophanpapier bestreut. Dem Tischrand waren Kerben eingebrannt, und auch der Bücherschrank hatte Brandwunden davongetragen.

"Macht nichts", sagte ich tröstend. "Barbara und ihre Freunde sind eben Kinder. Und sie sind wahrscheinlich ehrlicher und weniger affektiert, als wir es in ihrem Alter waren."

"Ja, es ist erfrischend, ihnen zuzusehen", stimmte meine Frau bei, während ihr die Tränen in die Augen kamen. "Was die junge Generation brauchte", fügte sie hinzu, indem sie eine nur halb gerauchte Zigarette aus der Polsterung der Ottomane hervorholte, "wäre eine gute altmodische Scheune, hinter der sie rauchen kann."

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von
Leo Korten.)

Der tote Kamerad.

SPD. Es war einmal ein Panjepferdchen. Seinen Namen weiss ich nicht mehr. Aber weil es ein rotbraunes Fell und eine blonde Mähne hatte, will ich es Fuchs heissen. Fuchs war ein schönes Pferd, klein, wie Panjepferdchen nun einmal sind, aber stolz in Haltung und Schritt. Wenn es im Trab lief, dann wehte seine prächtige Mähne und sein buschiger Schweif, der fast den Boden berührte, dass es eine Freude war. Fuchs wusste das und war nicht wenig eitel. Er war ja auch kein gewöhnlicher Ackergaul, der von Morgens bis Abends schwer arbeiten musste und obendrein Prügel bekam. Sein Herr war ein Händler und bebautete keine Felder. Fuchs brauchte also nicht den Pflug zu ziehen. Wenn er unter dem Krummholz seinen Herrn im leichten Wägelchen von Hof zu Hof, von Ort zu Ort fuhr, so war das ein ganz anderes Leben. Sein Herr war ein lustiger Kauz, der immer ein fröhliches Lied auf den Lippen hatte, und Fuchs war dann ebenso lustig und machte Sprünge wie ein Ziegenböcklein. Nur wenn er durch seinen Mutwillen das Wägelchen in Gefahr brachte, umzukippen, bekam er von seinem Herrn eins zwischen die Ohren, worauf er sich für kurze Zeit wieder sitzsam benahm. So führte er ein sorgloses Leben und sah ein Stückchen Welt, denn er musste seinen Herrn weit herum fahren, und es gab keinen Gutshof zwischen Mitau und Wenden, zwischen Riga und Jakobstadt, dessen Hafer er noch nicht gefressen.

Eines Tages aber brach der Krieg aus, und die Deutschen kamen ins Land. Sie schnapten dem Herrn unares Fuchses die Hälfte der Kundschaft weg, indem sie bis zur Düna vordrangen, und er musste sich nun mit der andern Hälfte nordöstlich der Düna begnügen. Das war für den Händler kein freudiges Ereignis. Er verlernte das Singen und wurde mürrisch. Fuchs machte die Schicksalswen-

ding ebenso wenig Spass wie seinem Herrn, denn er hatte jetzt oft unter dem veränderten Wesen des Händlers zu leiden und kostete die Peitsche viel öfter als früher.

Am Abend eines schönen Septembertages waren die Beiden in Murjan eingekehrt. Fuchs war todmüde. Sein Herr hatte ihn an diesen Tage ordentlich herumgehetzt. Weil das Geschäft schlecht ging, musste das Tagespensum vergrössert werden. Aber es war ein richtiger Pechtag gewesen, denn nirgends, weder in Tiwe noch in Klinke, in Weter und Sakerags, auch nicht in Grafen Hof und Smelling, wo er sonst immer gute Geschäfte gemacht hatte, konnte der Händler etwas verkaufen. Auf jedem Gute wiesen ihn die Leute ab. Dabei sah es aus, als ob alle ihre Höfe verlassen wollten. Ueberall war das Notwendigste gepackt und auf kleine Wagen verladen. Erst in Murjan erfuhr der Händler vom Durchbruch der Deutschen bei Uexküll und ihrem unaufhaltsamen Vormarsch. Er durfte also nicht mehr weiterfahren und musste umdrehen, denn sonst wäre er den Deutschen in die Hände gefallen. Fuchs war aber zu müde, und so mussten beide in Murjan die Nacht verbringen. Ein Schimmelchen teilte mit Fuchs den Stall. Es war nicht so wohlgenährt und kraftstrotzend wie Fuchs, sondern sah etwas verhärtet und abgearbeitet aus. Es war auch nicht so stolz wie sein Stallgenosse, obwohl es ein schönes schneeweisses Fell hatte, auf dem nicht ein einziges schwarzes Tüpfelchen zu entdecken war. Still und mit gesenktem Kopfe stand es da. Fuchs ärgerte die übergrosse Bescheidenheit des Schimmelchens, weil er in ihr gleichzeitig eine Abneigung gegen sich, den Schöneren und Stolzeren, erblickte. Am liebsten hätte er mit seinen staubigen Hufen den weissen Pelz des Schimmelchens verbeult und verdreckt. Aber zu solchen Streichen war er zu müde.

Am andern Morgen wunderte er sich, dass sein Herr ihn nicht wie sonst aus dem Stalle holte und an sein Wägelchen spannte. Die Sonne stand schon hoch am Himmel, und er hätte schon längst auf der Landstrasse traben müssen. Er spitzte die Ohren, hörte aber nicht den wohlbekanntem Schritt seines Herrn, sondern ein eigentümliches Knallen und Krachen, das er noch nie vernommen hatte. Plötzlich wurde die Stalltür aufgerissen, und ein paar graue Gestalten mit Stahlhelmen auf dem Kopfe und Bajonetten in der Hand drangen herein. Sie durchwühlten den ganzen Stall, fanden aber ausser den beiden Pferdchen keine andern Lebewesen. Schliesslich machten sie den Fuchs und das Schimmelchen los, warfen ihnen das bereitliegende Geschirr über und führten sie ins Freie. Auf dem Hofe stand ein Wägelchen. An dieses spannten sie die beiden Pferde und beluden es mit allerhand erbeuteten Sachen. Einer der Soldaten ergriff die Zügel, und das Wägelchen verliess den Hof.

Nun ging ein rechtes Abenteuererleben los. Der Fuchs und das Schimmelchen mussten helfen, den Proviant der Feldküche zu fahren, und den gab es in diesen bewegten Tagen genug. Die Beiden, die sich im Stalle noch verachtet hatten, waren nun an eine Deichsel gespannt und trugen gemeinsam das gleiche Los. Als der Vormarsch der Deutschen zum Stehen kam, wurde das Regiment, zu dessen Baggage Fuchs und Schimmelchen gehörten, abgelöst. Beide lernten zum ersten Male das Innere eines Eisenbahnwagens kennen, der sie in siebentägiger Fahrt an die galizische Front bei Tarnopol brachte. Hier war alles kahl und öde. Keine Wälder dufteten, und keine Seen spiegelten das Blau des Himmels. Die Erinnerung an ihre verlorene Heimat schien in den beiden Pferdchen eine bisher nicht vorhandene Freundschaft erweckt zu haben. Sobst waren sie oft böse miteinander, bissen sich oder schlugen aus. Jetzt kam es häufig vor, dass sie sich liebevoll gegenseitig die Köpfe rieben, wie zwei Verliebte, die sich küssen. Von Galizien kam das Regiment an die Westfront. Nach der grossen Frühjahrs-offensive löste es die Angriffstruppen ab, und Fuchs und Schimmelchen mussten nun täglich das Essen für die Kompagnie bis an die vorderste Linie fahren. Auf ihrem Wege sahen sie die Kadaver von Leidensgenossen, die mit aufgeblähten Bäuchen und gegen den Himmel gereckten Beinen überall herumlagen und die Luft mit schrecklichem Gestank verpesteten. Das knappe Futter und die Strapazen hatten schon längst den schönen Glanz ihres Felles verwischt. Traurig und

apathisch verrichteten sie ihre tägliche Arbeit.

An einem schönen Maimorgen fuhren sie wieder ihr Wägelchen, mit Brot, Wurst und Suppe beladen, nach vorn. Aus dem Granattrichterfelde, durch das sie sich, ungesehen von den Franzosen, ihren Weg suchen mussten, stieg jubelnd eine Lerche zum Himmel empor. Sie sahen schon Hangard vor sich, wo die Kompagnie in Erdlöchern und Kellern hauste, als eine französische Batterie eine Ladung Brisanzgranaten herüberschickte. Mit ohrenbetäubendem Krachen barsten die Umsetzungen, und ein Hagel scharfzackiger, glühender Eisensplitter ergoss sich über das kleine Fuhrwerk. Plötzlich wankte Fuchs, fiel um, verwickelte sich in den Strängen, schlug noch einige Male verzweifelt mit den Beinen um sich und blieb dann regungslos liegen. Ein grosser Splitter hatte ihm die Bauchdecke aufgerissen, dass die blutigen Eingeweide hervorquollen. Schimmelchen war entsetzt zur Seite gesprungen, blieb aber dann zitternd und in Schweiss gebadet stehen. Mit einem unsäglich traurigen Blicke betrachtete es den toten Kameraden, der einst in Murjan so schön und stolz neben ihm im Stalle gestanden hatte. Die letzte Erinnerung an die baltische Heimat war ausgelöscht. An den folgenden Tagen zog Schimmelchen den Wagen allein zur Stellung. Da es aber immer schwächer und magerer wurde, schlachtete man es. Sein Fleisch wurde der hungernden Mannschaft als Zusatzportion gereicht.

Richard Spitznagel.

"Dschungel" 1933.^x

SPD. Mit einem rohen Fluch kletterte Fred Norman vom Dache der hohen Boxcar und neigte sich über den Rand. Bevor er den Sprung von der Eisenleiter des Güterwagens auf den Boden wagte, äugte er vorsichtig nach allen Seiten. "All right", rief er dann zu seinem Kameraden hinauf, der sich noch droben versteckt hielt, "die Luft ist rein. Kein elender Polizist lässt sich bei diesem Wetter sehen. Komm runter!" Und nun sprangen sie beide von dem noch fahrenden Zug in den mehrere Fuss tiefen Schnee ab. Trotz der geringen Geschwindigkeit genügte der Schwung noch, sie mit einem starken Anprall nach vorn zu reissen und ihre Körper tief in das weiche Schneebett zu bohren. Missmutig schüttelten sie mit klammen Händen den Schnee von ihren Lumpen ab und machten sich auf den Weg.

Seit drei Wochen irrten sie nun wieder in der weissen Wildnis der kanadischen Prairie umher. Von einem Farmer hatten sie sich zum andern durchgeschlagen, aber niemand konnte sie aufnehmen. Kaum dass sie einmal ein Stück Brot bekamen. Die Farmer lebten selbst in grösster Not und wussten nicht, wie sie ihre Familien durch den langen Winter bringen sollten. Viele konnten keine Feuerung mehr kaufen und froren jämmerlich in ihren Holzhäusern.

Vor acht Tagen waren die beiden Tramps in ein Haus gekommen, wo ihnen ein baumstarker, rothaariger Ire jämmerlich weinend die Tür aufmachte. Sein einziges Kind war beim letzten Schneesturm erfroren. Die Frau lag unter sämtlichen Kissen und Decken krank im Bette. Sie fieberte und wusste noch von gar nichts. Und der Mann traute sich nicht aus dem Hause - bis zum nächsten Nachbarn waren es fünf Meilen - aus Angst, seine Frau könnte auch noch sterben, bevor er zurückkam. Mit flehenden Händen bat er die beiden Besucher, die Leiche des Kindes in die nächste Stadt mitzunehmen; er könnte den Anblick nicht länger aushalten. "Allerdings kann ich euch nichts dafür geben", sagte er zum Abschied, "denn ich besitze nichts mehr. Aber Gott segne Euch!" Mit Grauen verliessen die Beiden das Haus und trugen die Leiche in einer alten Kiste zum Polizeiamt. Dort wollte man den Landstreichern nicht glauben und dachte an ein Verbrechen. Sie wurden noch zwei Tage lang in Haft behalten, bis sich die Herren von der grausamen Wahrheit überzeugt hatten.

Seit diesem Tage war Fred Norman unruhig geworden und redete nur noch davon, schnellstens nach Süden eilen zu wollen. Drunten in den Staaten lebte seine Familie: zwei Kinder und seine Frau. Sollte ihnen vielleicht auch etwas zugestossen sein? Nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit, als der letzte Sparpfennig ausgegeben und die gesamte Wohnungseinrichtung verkauft war, hatte er seine Angehörigen schweren Herzens im letzten Sommer verlassen. Das Wohlfahrtskomitee des kleinen Ortes wollte ihm keine Unterstützung geben. Es hiess, er solle arbeiten, aber wo? So war er dem Beispiel vieler Anderer gefolgt und hatte sich auf die Wanderschaft begeben. Er hoffte, dass für seine Familie nun wohl die Heilsarmee mit Suppen und Notpfennigen sorgen würde. Er selbst zog weit bis in den Norden, weil er dachte, irgendwo dort oben im Busch oder im Urwald einen Unterschlupf zu finden. Aber die Neusiedlungen waren alle verlassen. Wer sollte heute noch Boden urbar machen, wenn selbst die alten Farmen in der Prairie keinen Verdienst mehr abwarfen! Und als der Winter kam, schlug sich Norman mit seinem Kameraden Atkins, den er unterwegs getroffen hatte, wieder aus dem Peace River-Distrikt nach dem südlichen Alberta zurück.

Heute nun kamen sie auf der grossen Station Calgary an, nachdem sie stundenlang auf dem Dache des Güterzuges gelegen hatten und halb erfroren waren. Um das Bahnhofsgebäude machten sie einen grossen Bogen, um nicht doch noch einem Mounted Policeman in die Hände zu fallen. Unterwegs begegneten sie einem andern Freightjumper und fragten ihn nach dem Campplatz. "Ist schon alles überfüllt", meinte der, "aber ihr könnt ja mal hingehen; vielleicht ist meine Ecke noch frei." Und er beschrieb ihnen genau die Lage des "Dschungels".

Solche Unterschlupfpunkte für alle Heimatlosen gibt es heute auf jeder amerikanischen Station. Früher wurden sie nur von wenigen durchkommenden Wanderarbeitern und Landstreichern benutzt, doch jetzt ist das ganze Jahr hindurch Hochbetrieb auf diesen Schauplätzen des amerikanischen Elends. Selbst in den grössten Städten hausen die Erwerbslosen auf leeren Grundstücken, in Erdhöhlen und wackeligen Bretterbuden. In New York leben so Zehntausende ausserhalb der geordneten Gesellschaft, und draussen im Lande suchen Hunderttausende durch die Flucht dem Hunger und dem sichtbaren Verfall in der Heimat zu entgehen. Sie werden von Staat zu Staat gehetzt, und nirgends ist es besser.

Norman und Atkins stampften weiter durch den hohen Schnee. Langsam kam das Blut im Körper wieder in Bewegung; dafür gab es aber eiskalte und nasse Füsse. Da vor ihnen lag die Stadt. Hohe Häuser mit vielen Stockwerken, elegante Kaufläden, warme Restaurants voll verlockender Speisen und Autos und schöne Frauen. Früher hatten sie das alles auch gehabt; jetzt marschierten sie als Ausgestossene durch den Dreck. Dennoch begehrten sie nicht auf, wurden keine Revolutionäre. Eher waren sie noch stolz auf das Bild vor ihnen: Amerika ist so mächtig geworden; es wird auch wieder aufwärts steigen. Bis dahin muss man sich durchschlagen, ganz gleich, wie.

Jetzt sahen die Beiden hinter Bäumen leichten Rauch aufsteigen. Dort musste der Dschungel sein. Weit in der Ferne glänzten die Schneeberge der Rocky Mountains in heller Sonne. Jetzt hundert Dollar in der Tasche haben, und das Leben müsste doch schön sein. Stattdessen kramten sie ein paar Brotreste aus ihrem Bündel und einen Suppenwürfel, von dem sie sich ein warmes Essen kochen wollten.

Im Camp sassen etwa zwanzig Männer herum. Alle fürchterlich abgerissen, doch angesichts des schönen Tages voll frohen Mutes. Mit Hallo wurden die beiden Neuen empfangen. Heisses Wasser stand in leeren Konservenbüchsen schon auf dem Feuer. Bald dampften Tee und Brotsuppe vor ihnen, und langsam erholten sie sich von der eisigen Fahrt.

Da trat einer der Männer zu ihnen heran: "Na, Jungens, wollt ihr nicht ein paar Dollar verdienen?" - Ja, sicher; sie waren zu allem bereit. "Schön," antwortete der Andre, "in zehn Minuten brechen wir auf, wollen uns ein biss-

chen die Stadt ansehen."

Es war eine seltsame Kolonne, die nun in die verschneiten Strassen von Calgary einzog. Elendsgestalten waren sie alle, die den braven Bürgern einen Schreck einjagen müssten, wenn die nicht schon daran gewöhnt wären. Heute aber hatten die Dschungelbewohner einen grossen Coup vor, denn keiner von ihnen hatte noch einen roten Heller in der Tasche. In breiter Linie verteilten sie sich über die weite Hauptstrasse und hielten alle vorbeikommenden Leute, auch die Autos an. Durchaus höflich lüfteten sie sogar die Mütze, wenn sie ihr Anliegen vorbrachten. Sie waren ja freie Bürger dieses Landes und suchten nur einen Ausweg aus ihrer verzweifelten Lage, und sie nannten es nicht betteln, sondern sammeln gehen.

Ein elegantes Auto kam angefahren. Sie gaben das Haltezeichen. Es fuhr weiter. Einer schwang sich aufs Trittbrett und wurde hinuntergestossen. Das war zu viel. Sie legten sich auf die Lauer, und als der Besitzer in eine Bankfiliale eintrat, demolierten sie den Wagen und wollten den Kerl selbst noch verprügeln. Von drinnen wurde das aber wohl beobachtet, und die Polizei wurde alarmiert. Es gab Schläge mit dem Gummiknüppel. Acht von den Dschungelleuten wurden erwischt, darunter die beiden eben Angekommenen. Vor dem Schnellgericht betonten alle, dass die lediglich Hunger gehabt und keine Unruhe in die Stadt hätten bringen wollen. Nein, sie wären weder Kommunisten noch Anarchisten, sondern waschechte Vollamerikaner, die nur das Pech hatten, gerade ohne Arbeit und Geld zu sein. Zwei Wochen Gefängnis und zwangsweise Abschiebung war dafür die Strafe.

Karl Moeller.

Rundfunkdeutsch.^x

SPD. Der Rundfunk, der - ob er will oder nicht - in letzter Zeit ganz schrecklich gegen die "Marxisten" kämpfen muss, soll nun vor allem auch dem Deutschtum in Wort und Schrift dienen. Vor einigen Tagen lief über einen der deutschen Hauptsender ein höheren Orts geförderter Vortrag eines bekannten Ansagers über die Abschaffung aller Fremdworte. Damit wird, wie weiland 1914, der "Fremdtümelei" abermals der heftigste Krieg erklärt. Nun, es lässt sich nicht behaupten, dass "Telephon" viel schöner und zweckmässiger klingt als "Fernsprecher". Aber hübsch wird dieser Prinzipienritt schon, wenn man nicht mehr telephonierte, sondern "fernmündlich" spricht. Ich kann jedenfalls nur mit dem Munde sprechen, den ich selbst habe, und der ist mir immer ins Gesicht gewachsen, also ein "Nahemund".

Doch der Rundfunk soll und will vielleicht nun auch Schluss mit so umständlichen Erwägungen machen. Coiffeur wird umgetauft in "Haarformer", und der Babutz wird wohl nun, wenn er Dauerwellen herstellt, "Backe backe Kuchen" dazu sagen. Ein "Interview" soll hinfüro nur eine "Befragung" sein, ein "Grammophon" eine "Schalldose" (die doch nur ein Teil dieses klingenden Kastens ist!) Aber was hat der Herr Ansager alles vergessen (oder umgangen?)! Ich möchte dem Rundfunkdeutschen die Sache erleichtern und ihm ein paar schön Verdeutschungen zum Mundgebrauch übermitteln: Pupille = Sehloch - Loge = Theaterschwitzkasten - Mikrophon = SA-Werbekasten - Phrenologie = die Lehre von der weichen Birne oder Grindwissenschaft - Pudding = Zitterkuchen - Delirium = neueste Vernunftlehre - Klosett = Wasserspühlstuhl - Pomade = Haarschmiere - Lotterie = staatlich genehmigte Geldentwertungsstelle - Radio = Ohrenschmaus.

Ganz besonders wichtig ist es, das Wort "Programm" völlig abzuschaffen, denn die neue Regierung braucht bekanntlich keins, und das des Rundfunks stösst sie doch jeden Tag um. "Nationale Konzentration": darüber gibt es so viele verschiedene Vorstellungen bei denen, die sie erfunden haben, dass